

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Joana Cotar, Dr. Michael Ependiller, Uwe Schulz und der Fraktion der AfD

Stand der Umsetzung der Umsetzungsstrategie der Bundesregierung „Digitalisierung gestalten“ – Aufbau eines sicheren Portalverbundes zwischen Bund, Ländern und Kommunen

Im August 2014 veröffentlichte die Bundesregierung das Strategiepapier „Digitale Agenda 2014 – 2017“ (www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Digitale-Welt/digitale-agenda.pdf?__blob=publicationFile&v=3), das federführend vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur verantwortet wurde. Die Veröffentlichung einer Digitalstrategie für Deutschland erfolgte damit vier Jahre später als die Verabschiedung der „Digital Agenda for Europe“ der EU-Kommission im Jahr 2010 (<https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0245:FIN:DE:PDF>) und nach Auffassung der Fragesteller mindestens zehn Jahre zu spät für eine richtungsweisende Digitalpolitik zum Wohl unserer Gesellschaft, der öffentlichen Verwaltung und des Wirtschaftsstandortes Deutschland.

In Fachmedien wurde an der „Digitalen Agenda 2014 – 2017“ kritisiert, sie sei lediglich eine Bestandsaufnahme der Problemlagen und Möglichkeiten und enthalte nur wenige konkrete Lösungsvorschläge (www.golem.de/news/digitale-agenda-ein-papier-das-alle-enttaeuscht-1408-108715.html). Die Umsetzung der „Digitalen Agenda 2014 – 2017“ nach dem ersten Jahr war „ernüchternd“ (www.zeit.de/digital/internet/2015-08/digitale-agenda-bundesregierung-breitband-wlan). Die Gesamtbilanz wurde von öffentlich-rechtlichen Medien als „durchwachsen“ bewertet (www.zdf.de/nachrichten/heute/braun-kuendigt-neue-digitale-agenda-an-100.html).

Im Jahr 2009 hatte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel bereits versprochen, dass 75 Prozent der deutschen Haushalte bis 2014 Internetanschlüsse mit einer Geschwindigkeit von 50 Mbit pro Sekunde bekommen – ein Versprechen von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, das nicht gehalten wurde (www.sueddeutsche.de/politik/netzpolitik-von-union-und-spd-stunde-der-nerds-1.1802641).

Im Jahr 2014 versprach Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung nun sogar, dass alle deutschen Haushalte bis 2018 Internetanschlüsse mit einer Geschwindigkeit von 50 Mbit pro Sekunde bekommen – ein weiteres Versprechen von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, das nicht gehalten wurde (www.pcwelt.de/news/Bundesregierung-bricht-Versprechen-bei-Breitbandausbau-10612139.html).

Im Juni 2013 hatte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel noch bekundet, das Internet sei „für uns alle Neuland“ (www.tagesspiegel.de/politik/die-kanzlerin-und-das-internet-merkels-neuland-wird-zur-lachnummer-im-netz/8375974.html)

Im Rahmen der im November 2018 verabschiedeten Digitalstrategie der Bundesregierung wurde ein Maßnahmenpaket entwickelt und in einer Umsetzungsstrategie zusammengefasst (www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/1552758/40d8b01b0dfdcf854e1d58afb85021a7/pdf-umsetzungsstrategie-digitalisierung-data.pdf?download=1). Darin werden einzelne Vorhaben und die jeweils verantwortlichen Ressorts benannt, jedoch sind nur teilweise konkrete Zeitpläne für Beginn und Zielerreichung angegeben. Die zur Verfügung stehenden Ressourcen zur Zielerreichung werden ebenso wenig genannt wie eine Priorisierung von Vorhaben.

Zu der Maßnahme „Aufbau eines sicheren Portalverbundes zwischen Bund, Ländern und Kommunen mit Nutzerkonten“ wurden in der Umsetzungsstrategie der Bundesregierung „Digitalisierung gestalten“ (www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/1552758/40d8b01b0dfdcf854e1d58afb85021a7/pdf-umsetzungsstrategie-digitalisierung-data.pdf?download=1) folgende Umsetzungsschritte angekündigt (ebd., S. 143):

- Pilotierung einer Basis-Infrastruktur für den Portalverbund durch die Länder Bayern, Berlin, Hamburg und Hessen sowie den Bund hat begonnen;
- Anbindung des Verwaltungsportals Bund und der Länder Bayern, Berlin, Hamburg und Hessen wird aktuell realisiert. Anschließend erfolgt die Herstellung der Produktionsreife und der schrittweise Anschluss aller Länder an das Online-Gateway Portalverbund;
- Inbetriebnahme Nutzerkonto Bund; anschließend Bereitstellung und Anbindung von Onlinediensten durch die jeweiligen Bundesbehörden an das Nutzerkonto;
- Weiterentwicklung des Verwaltungsportals Bund in regelmäßigen Release-Zyklen;
- 11. Dezember 2018: Inkrafttreten der Verordnung EU 2018/1724 zum Single Digital Gateway; anschließend Umsetzung der Anforderungen der Sustainable Development Goals im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und damit auch im Portalverbund.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wurde mit der Pilotierung einer Basis-Infrastruktur für den Portalverbund bereits begonnen?
2. Wurde die Anbindung des Verwaltungsportals des Bundes und der Länder Bayern, Berlin, Hamburg und Hessen bereits vollständig realisiert?
3. Wurde bereits mit der Herstellung der Produktionsreife des Verwaltungsportals begonnen?
4. Wurde bereits mit dem schrittweisen Anschluss aller Länder an das Online-Gateway Portalverbund begonnen?
5. Erfolgte bereits die Inbetriebnahme des Nutzerkontos Bund?
6. Erfolgte bereits die Bereitstellung und Anbindung von Onlinediensten durch die jeweiligen Bundesbehörden an das Nutzerkonto Bund?
7. Erfolgte bereits eine Weiterentwicklung des Verwaltungsportals des Bundes?

8. Erfolgte bereits die Umsetzung der Anforderungen des EU-Single Digital Gateway im Rahmen des OZG und des Portalverbundes?

Berlin, den 11. Oktober 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

